Nr. 226. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 25.50 Mk., monatl. 8.50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 8.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 11.70 Mk., für das übrige Ausland 16.— Mk., bei täglich einmal. Zustellung 14.— Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.50 Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Montag, den 3. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der 1. Mai in Paris.

Paris, 2. Mai. Die Polizeipräfektur von Paris teilt mit, daß bei den gestrigen Kundgebungen 102 Polizeibeamte verwundet und 103 Personen verhaftet worden seien. Sechs verwundete Zivilpersonen seien in den Spitälern in Behandlung. Nach dem gemäßigt sozialistischen „Bon Soir" sollen gestern 4 Personen getötet worden sein. Gegen die Abgeordneten Blanc und Vaillant-Couturier werde eine Strafverfolgung wegen Widerstandes gegen die bewaffnete Gewalt eingeleitet werden.

Der mißglückte Eisenbahnerstreik.

Millerand appelliert.

Paris, 2. Mai. Havas berichtet über den Eisenbahnerstreik, auf den Linien der Nord- und Ostbahn sowie auf der Südbahn sei der Dienst normal. Auf der Orleansbahn seien zahlreiche Züge heute abgelassen worden. Auch auf den Strecken der Paris—Lyon—Mittelmeerbahn sei der Dienst der Personenzüge vollständig sichergestellt. Auf den Staatsbahnen sei die Lage unverändert. Ministerpräsident Millerand verhandelte heute vormittag mit den Ministern der Justiz, des Innern, der Marine und der öffentlichen Arbeiten. Nach Schluß der Sitzung empfing er die Vertreter der Pariser Presse und erklärte u. a.: Wenn die Arbeiter der Eisenbahnen, der Bergwerke und der Häfen die Hände in den Schoß legten, dann würde sich die Lebensmittelkrise verschärfen und die Arbeiter wären deren erstes Opfer. Die Regierung werde nach dem Wiederzusammentritt der Kammer einen Gesetzentwurf über die Reorganisierung der Eisenbahnlinien einbringen. Millerand appellierte an den gesunden Menschenverstand und die Vaterlandsliebe der Arbeiter. Wie „Intransigeant" meldet, hat der Direktor der Staatseisenbahnen drei der Führer der Eisenbahnergewerkschaften aus dem Dienst entlassen.

Polenfeiern in Schlesien.

Zusammenstöße.

Beuthen, 2. Mai. Heute fanden in ganz Oberschlesien anläßlich des polnischen Nationalfeiertages große polnische Demonstrationsumzüge mit polnischen Fahnen und Abzeichen statt. Auch Haller-Soldaten in Uniform nahmen in größerer Anzahl an den Umzügen teil.

In Ratibor zogen einige tausend Polen, fast durchweg vom Lande, darunter auch Haller-Soldaten in Uniform, mit polnischen Fahnen und Abzeichen durch die Straßen. Die deutsche Bevölkerung, durch das provozierende Verhalten der Polen in ihren Gefühlen aufs tiefste verletzt, verlangte die Entfernung der polnischen Hoheitsabzeichen, gestützt auf die Verordnung der interalliierten Kommission in Oppeln, die das Tragen von Hoheitsabzeichen der beiden beteiligten Staaten in Oberschlesien verbietet. Die Polen widersetzten sich diesem Verlangen mit Gewalt. Es kam zu heftigen blutigen Zusammenstößen, auf beiden Seiten gab es eine größere Anzahl von Schwer- und Leichtverletzten, insbesondere wurden auch mehrere Angehörige der Sicherheitswehr von den Polen schwer mißhandelt. Die Polen veranstalteten vor dem Sitz der Kommission eine Kundgebung, die damit endete, daß die Polen die verbotenerweise mitgeführten Fahnen und Abzeichen abliefern mußten. Die gesamte Bevölkerung Ratibors, insbesondere auch die Arbeiterschaft fühlt sich durch das anmaßende Verhalten der Polen in ihrer Sicherheit schwer bedroht. In der Stadt herrscht außerordentliche Erregung.

In Oppeln, wo die Polen ebenfalls einen Umzug geplant hatten, besetzte die Oppelner Bevölkerung die Zugangsstraßen zur Stadt, um diesen Umzug zu verhindern. Als die Polen in den Nachmittagsstunden anrückten, kam es am Landgerichtsgebäude zu heftigen Zusammenstößen. Die Polen wurden hierbei in die Flucht geschlagen. Bis jetzt wurde ein Toter und zahlreiche Verwundete gemeldet. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen.

Deutschland und Polen.

Paris, 2. Mai. Der Botschafterrat hat gestern nachmittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon die Grenzen zwischen Polen und Deutschland besprochen. Nach den Erfahrungen bei Festsetzung der Grenze zwischen Oesterreich und Ungarn sollen die Grenzfestsetzungskommissionen die Befugnis erhalten, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen und Streitfälle im Interesse der Bevölkerung zu entscheiden.

Persien und Rheinland.

Eine Auseinandersetzung.

Paris, 30. April. „Temps" schreibt, Lloyd George habe in einer Rede gesagt, die ungeheure Mehrheit von Volk und Parlament in Frankreich sei jedem Annexionsgedanken so abhold, wie Lloyd George selbst, aber nach dem „New York Herald" habe er hinzugefügt: Unsere Bemerkungen sind veranlaßt durch eine Gruppe französischer Publizisten und Journalisten, die einen mächtigen politischen Einfluß haben und ein neues Elsaß-Lothringen schaffen möchten. „Temps" sagt, wenn es eine solche Gruppe in Frankreich gäbe, dann würde er keinen Grund haben, sie zu verteidigen, denn die von ihm unterstützte Auslandspolitik habe nie eine Annexion deutschen Gebiets heimlich oder offen beabsichtigt, aber man müsse zur Ehre Frankreichs betonen, daß keine Gruppe bestehe, auf die Lloyd Georges Worte angewandt werden könnten. (? Anm. d. Red.) Lloyd George scheine sich verhört und Annexionen verstanden zu haben, als die Franzosen einfach Wiedergutmachung und die versprochenen Bürgschaften verlangten. Lloyd George werde sicher verstehen, daß es für das französisch-englische Bündnis besser wäre, wenn keine englische oder gälische Stimme eine Anklage wegen Imperialismus gegen einen Franzosen, selbst einen Journalisten, erhöbe, denn solche Anklagen würden auf ihren Urheber zurückfallen. Trotz der ungeheuren Vergrößerung des britischen Reiches werde man sich hüten, zu behaupten, England werde von einer mächtigen Gruppe von Imperialisten regiert. „Temps" will nicht einmal argwöhnen, daß, wie eine französische Zeitung Englands Ausdehnung rechtfertige, dieses die Notwendigkeit von Landverbindungen zwischen den verschiedenen Teilen seines Reiches erkenne und deshalb z. B. die Hand auf Persien legen wolle. Diese Forderung von Landwegen, die das Verlangen Deutschlands nach dem belgischen Kongo und selbst den österreichisch-deutschen Angriff auf Serbien habe rechtfertigen sollen, sei in England zu gefürchtet, um etwa dort erfunden zu sein; ebensowenig sollten die englischen Alliierten einen Franzosen beschuldigen, ein neues Elsaß-Lothringen schaffen zu wollen.

Neue Waffenfunde auf Rügen.

Das harmlose Vorpommern.

In der Aufhebung gegenrevolutionärer Waffenlager auf Rügen, die wir am Donnerstag meldeten, erfahren wir von zuständiger Seite, daß die Zahl der beschlagnahmten Waffen sich durch neue Funde inzwischen erheblich vergrößert hat. Die Zahl der eingelieferten Gewehre und Karabiner ist von 1000 auf 1500, die der Maschinengewehre von 120 auf 200 angewachsen.

Die rechtsstehende Presse schweigt zu den Rügen-Waffenfunden nach wie vor hartnäckig. Sie ist zu beschäftigt, die Nichtverhaftung des sechsjährigen Bischoff-Kindes zu einem großen sentimentalen Wahlschwindel umzulügen, als daß sie sich mit Kleinigkeiten wie 1500 Gewehren und 200 Maschinengewehren allein auf der Insel Rügen beschäftigen könnte.

Maifeiern im Reich.

Unserem Bericht in der Morgenausgabe über den Verlauf der Maifeiern im Reich ist nur wenig nachzutragen. Zusammenfassend kann nur nochmals festgestellt werden, daß sie überall einen überaus würdigen Verlauf nahmen und ein erfreuliches Bild von der Stimmung der Arbeiterschaft abgaben.

In Dresden fanden am Vormittag des Maitages in verschiedenen Stadtteilen Festversammlungen statt, die gut besucht, zum Teil überfüllt waren. An dem Demonstrationszug beteiligten sich etwa 10 000 Personen, auf dem Festplatz, wo Ministerpräsident Genosse Buck die Festrede hielt, mochte die doppelte Zahl anwesend sein.

In Neudamm nahmen an dem Vormittagszug durch die Stadt etwa 1100 Personen teil. Die Nachmittagsversammlungen waren stark besucht. Das pöbelhafte Benehmen einiger Magistratsangestellter war nicht imstande, die Feststimmung der Arbeiterschaft zu beeinträchtigen.

In Bielefeld traten morgens 8 Uhr Parteien und Gewerkschaften zum Demonstrationszuge durch die Stadt zusammen, an dem zirka 9500 Personen sich beteiligten. Auf dem Festplatz waren über 20 000 Männer, Frauen und Kinder zur Feier anwesend. Die Feier wurde durch Lieder des Arbeiter-Sängerbundes eingeleitet und geschlossen. Genosse Severing hielt die Festrede, die in einer Aufforderung zur regen Werbearbeit für den Sozialismus und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den 1. Mai, dem Symbol der Völkerverbrüderung, schloß. Nachmittags fanden in 28 Lokalen des Kreises Bielefeld Maifeiern mit Festreden statt, die alle stark besucht waren.

In Dessau bewegte sich der Festzug der Maidemonstranten etwa eine halbe Stunde lang. Die Teilnehmerzahl bezifferte sich auf etwa 10 000.

In Coswig, einem Städtchen von 9000 Einwohnern, beteiligte sich etwa die Hälfte an der Maifeier.

In den beiden Festzügen der sozialdemokratischen Partei in Köln waren 50 000 Genossen und Genossinnen vereinigt. Auf dem Festplatz wogte eine Menge von 100 000 Menschen, die Stimmung war vorzüglich, sie läßt auf ein sehr gutes Wahlresultat hoffen. Die Unabhängigen konnten in ihrem Festzug nicht mehr als 6000 Menschen zusammenführen.

Unsere Versammlungen in Nürnberg waren erheblich besser besucht als die der Unabhängigen. Bei dem Feste am Nachmittag waren mehr Teilnehmer als bei irgendeiner vorangegangenen Maifeier. Der Verlauf läßt das beste für den Ausfall der Wahl erhoffen.

In Essen hatten sich S. P. D. und U. S. P. zum gemeinsamen Begehen der Maifeier vereinigt. Sie sollte auf einem Platze stattfinden, der für 40 000 Personen Raum hatte. Aber er erwies sich als viel zu klein. Im Festzuge bewegten sich 60 000 bis 70 000 Genossen und Genossinnen durch ein dichtes Spalier von Zuschauern.

Das Reichswahlgesetz.

Das Reichswahlgesetz ist im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und ist auch mit der Ausschreibung der Wahlen zum Reichstage in Kraft getreten. Das Gesetz enthält 42 Paragraphen, aus deren Inhalt wir nur die wiedergeben, die vor dem Wahltage von ausschlaggebender Wichtigkeit sind.

Wer ist wahlberechtigt?

Jeder Deutsche und jede Deutsche, gegen deren Reichsangehörigkeit kein Zweifel erhoben werden kann, die am Wahltage das 20. Jahr vollendet haben, außerdem in der Wählerliste oder in der Wahlkartei eingetragen sind, oder einen Wahlschein besitzen, sind berechtigt und in der Lage zu wählen.

Wer kann nicht wählen?

Deutsche, die die Reichsangehörigkeit nicht haben, also die, obgleich Deutsche, einem fremden Staatsverbande, auch Deutschösterreich, angehören.

Die Deutschen, die noch nicht das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Die Deutschen, die nicht in der Wählerliste stehen, weshalb jeder Wähler und jede Wählerin sich persönlich oder durch ihre politische Organisation vergewissern müssen, daß sie mit richtigem Namen und genauer Adresse mit Geburtstag und Geburtsjahr in die Wählerliste eingetragen sind.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind:

1. Wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht;

2. wer rechtskräftig durch Richterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden.

Wählbar

ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 25 Jahre alt und seit mindestens einem Jahre Reichsangehöriger ist.

Wahltag.

Der Wahltag ist der 6. Juni. Es trennen uns nur noch 5 Wochen von ihm. Jede Stunde dieser Zeit muß für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch organisatorische Arbeiten, wie durch Aufklärung der Massen über unsere Partei ausgenützt werden.

Die Wählerlisten.

Spätestens 4 Wochen vor dem Wahltage, also spätestens am 8. Mai, müssen die Wählerlisten oder Wahlkarteien öffentlich ausgelegt werden. Jedermann kann sie einsehen, jeder soll sie einsehen, um festzustellen, ob sein Wahlrecht gesichert ist oder ob es erst durch Reklamation festgestellt werden muß.

Möglichst schnell ist die Kontrolle der Wählerlisten vorzunehmen, denn sie liegen nur 8 Tage aus. Die Einsprüche gegen Lücken und falsche Angaben in den Wählerlisten sind bei den Gemeindebehörden anzubringen. Innerhalb der darauffolgenden 14 Tage, also spätestens am 22. Mai, sind sie zu erledigen. Dann steht die Wählerliste fest und niemand kann eine Aenderung mehr erreichen.

Wo wird gewählt?

Man kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerliste oder Wahlkartei man eingetragen ist.

Aufstellung der Kandidaten.

Beim Kreiswahlleiter jeden Wahlkreises sind spätestens am 21. Tage vor dem Wahltage, somit am 16. Mai, womöglich schon früher, die von 50 Wählern zu unterzeichnenden Kreiswahlvorschläge in genau sichtbarer Reihenfolge einzureichen.

Da jeder Kandidat spätestens am 21. Tage vor der Wahl seine Zustimmung erklärt haben muß, und wegen Reisen oder sonstiger Abhaltung der Kandidaten diese Zustimmung oft nicht rechtzeitig zu erreichen ist, sollte man die Kandidatenlisten nicht erst im letzten vom Gesetz vorgesehenen Termin einreichen.

Die geheime Wahl.

Gewählt wird mit Stimmzettel in amtlich gestempelten Umschlägen, damit das Wahlgeheimnis gesichert ist. Die Wahl muß persönlich vorgenommen werden.

Der Vorteil der starken Wahlbeteiligung.

Nicht mehr wie früher entfällt eine bestimmte Anzahl von Abgeordnetensitzen auf jeden Wahlkreis. Nun werden je 60 000 Wähler und Wählerinnen, die den gleichen Stimmzettel abgeben, einen Vertreter oder eine Vertreterin

im Reichstage erhalten. Deshalb wird eine starke Wahlbeteiligung der Arbeiter und Arbeiterinnen, der Angestellten und Beamten, aller an der Erhaltung der republikanischen Errungenschaften Interessierten, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen gesteigerten Wahlerfolg bringen. Fallen auf die sozialdemokratischen Wahllisten z. B. nur 9 Millionen Stimmen, so erhält unsere Partei nur 150 Vertreter und Vertreterinnen im Reichstage. Erzielt aber eine unermüdliche Aufklärung der breiten Massen über die Leistungen und die Absichten unserer Partei, daß 15 Millionen Stimmen für unsere Kandidaten und Kandidatinnen abgegeben werden, so erreichen wir 250 Vertreter im Reichstage und eine feste und zuverlässige Mehrheit unserer Partei, die in allen Fragen politischer Freiheit, wirtschaftlichen Aufstiegs, wie kulturellen Fortschrittes den entscheidenden Ausschlag gibt.

Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte, alle wahren Republikaner, werbet für die sozialdemokratische Liste, klärt das Volk auf über den Sozialismus, wirkt für eine starke Wahlbeteiligung!

Putschist Wulle.

Herr Wulle, der von den Deutschnationalen im Wahlkreis Potsdam 2 an der Spitze der Kandidatenliste aufgestellt worden ist, fühlt sich dadurch getroffen, daß er als einer der geistigen Hauptmacher des Staatsstreiches gekennzeichnet wurde. Seine Abwehr ist aber derartig, daß sie nur auf eine Verstärkung des Vorwurfs hinausläuft. Herr Wulle erklärt, er habe gar nicht daran gedacht, am 16. März schwarz-weiß-rot zu flaggen, und fährt fort:

Meine schwarz-weiß-rote Flagge hebe ich mir für den Tag auf, an dem die Novemberleute endgültig von der Bildfläche verschwunden.

Nun wird jedermann überzeugt sein, daß Herr Wulle kein Putschist ist! Den Aushang der Kappschen Schwindelnachrichten im schwarz-weiß-roten Rahmen in den Schaukästen der „Deutschen Zeitung" während des Putsches scheint Herr Wulle ganz vergessen zu haben. Den Gipfelpunkt erreicht seine Vergeßlichkeit allerdings, wenn er glaubt, daß die von ihm geleitete „Deutsche Zeitung" wiederholt die Reichswehr zum Staatsstreich aufgerufen habe. Wir haben mehr als einmal diese Artikel hier abgedruckt, und würden Herrn Wulles Gedächtnis auch jetzt wieder schärfen, wenn wir nicht genau wüßten, daß seine Gedächtnisschwäche in diesem Punkte nur eine markierte ist.

Christus und der Kultusminister.

Eine höchst rührsame Schulgeschichte.

In der C-Klasse der Strahlendorffschen Handelsschule Berlin, Bentlhstraße, wurde den Schülerinnen, 15jährigen Mädchen, folgendes Uebungsdiktat als Aufgabe gestellt:

Im kühlen Frühlingsregen schritt Christus die Marmortreppe hinauf ins Arbeitszimmer des Herrn Kultusministers. Der Heiland war barfuß; im Armenmantel kam er daher. Der Portier im Kultusministerium, sauber in seiner Uniform, wollte ihm den Weg verstellen, aber als er in die Augen des Fremden sah, da war's ihm, als ob er die Ewigkeit darinnen erblickte. Er konnte bis hinunter in den Grund der Augen sehen; da leuchtete etwas, da blühte etwas Seltsames. Der Portier erschrak und ließ den Heiland gehen. Herr Haenisch saß bebrillt hinter dicken Aktenwerken. Er schwitzte Schulordnungen, braute Erlasse, und es war, als ob sein Amtszimmer noch benebelt wäre von den vielen Besprechungen, die darin stattgefunden hatten. Christus lehnte an der Tür. Herr Haenisch erhob sich erstaunt und verbeugte sich. Der Heiland erwiderte die Verbeugung erschrocken und ungeschickt und reichte dem Kultusminister die Hand. Herr Haenisch lächelte unsichtbar und sprach: „Ach Du, Du bist der Märchenerzähler, den ich aus der Schule gewiesen habe!" Herr Haenisch wurde etwas verlegen in seiner aktendicken Ministerherrlichkeit, nachdem Christus mit traurigen Augen den Kopf geschüttelt hatte. Na, Du bist ja altmodisch für unsere modernen Schulen, und nun war es Herrn Kultusminister, als ob er um den Kopf des Heilands die fliegende Flugbahn der Vögel erblickte. Christus holte unter seinem Mantel ein Kinderherz hervor und sprach: „Es ist schön, in so einem Herzen zu lesen und blaue Himmelsfunken hineinzustellen. Deine Augen werden bald elend erblinden von allen diesen Verordnungen und Verfügungen, die Du zusammenschreibst und ertüftelst. Hast Du denn gar keine beseelten Augen? Gib mir die Kinderherzen wieder, daß ich sie warm halte und daß Gott wieder Sterne in ihnen erfinnt." „Du bist nicht von meiner Partei," entgegnete ärgerlich der Kultusminister. „Du hast Recht, ich gehöre zu keiner Partei, bin ich Dir denn darum unbequem, wenn ich auf Grund der Kinder die Säulen aufbaue zu einem Vaterland?" Herr Haenisch wußte nicht, was er antworten sollte. Er sah aufmerksam auf das zuckende Kinderherz, das in des Heilands Hand lag. Ihm war es, als ob das Herz friere und wimmere. Da barg es der Heiland wieder unter seinem Mantel und nun sang das Herz, goldene, selige Strophen sang es. In den Augen des Kultusministers lag ein seltsamer Ausdruck. Mit stummer, herzlicher Bitte streckte Christus die Hand nach ihm aus. „Du wirst Dir Vorwürfe machen, wenn Du mich verjagst. Nehme ich denn den Kindern die Zeit, verlange ich Dank von Dir?" Haenisch antwortete aber in einem Ton strengen Vorwurfs: „Du mußt gehen, mein Entschluß ist gefaßt. Wir sind zwei verschiedene Welten." Dann ging der Heiland einsam, das singende Kinderherz unter dem Mantel wieder die prächtige breite Treppe hinunter. In den Linden knospte, sang und blühte der junge Frühling mit gärtnerischer Gewalt. Haenisch saß wieder hoch und mächtig an seinem Tische. „Hätte ich ihn behalten: aber es geht ja nicht, ich bin ja Parteimann — soll ich ihn zurückrufen? Nein und abermals nein. Meine Genossen würden mich steinigen und von meinem Ministersessel reißen; ja, wenn ich nicht ein Parteimann wäre" — und diese Wehmut breitete sich über sein Gesicht.

Jeder Kommentar würde die Wirkung dieses wunderschönen Märchens abschwächen. Ob die Geschichte nun als Gotteslästerung zu bezeichnen oder ob sie nur eine bekanntlich vom Christentum streng verurteilte Verhöhnung der Obrigkeit darstellt, ist gleichgültig. Jedenfalls sind wir der Ansicht, daß Kinderherzen, auf die in dieser Weise Gift geträufelt wird, später nicht gerade lachen und singen werden. Daran ist dann aber weder Christus noch der Kultusminister, sondern die Strahlendorffsche Schulleitung schuld, mit der man schnellstens so verfahren sollte, wie Jesus einst mit den Wechslern im Tempel.

Spiritus und Deutsche Volkspartei.

150000 M. für eine Kandidatur!

Die „Frankfurter Zeitung" ist in der Lage, ein Rundschreiben zu veröffentlichen, in welchem Dr. Neumann, der Syndikus des „Verbandes deutscher Spiritusinteressenten Berlins", den seinem Verband angeschlossenen Vereinen mitteilt, er habe gute Aussichten, für die Deutsche Volkspartei an erster Stelle zu kandidieren. In dem Schreiben heißt es unter anderem: „Die Frage der Kandidatur ist mit in erster Linie eine Geldfrage. Wenn ich meinerseits 150 000 Mark aufbringen kann, ist mir die Kandidatur an erster Stelle so gut wie sicher."

Uns überraschen diese Zusammenhänge nicht. Es ist derselbe Vorgang wie vor etwa zehn Jahren, als der Syndikus des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Dr. Roeke, nach einem Protokoll, das der „Vorwärts" mitzuteilen in der Lage war, den Ausspruch tat, die Abgeordneten müßten nach der Pfeife der Industriellen tanzen, denn dazu würden sie ja von ihnen bezahlt.

Ob sich nun die Industriellenparteien „nationalliberal" oder „Deutsche Volkspartei" nennen, der Name ändert am Wesen der Erscheinung nichts. Sie sind und bleiben die von Industriegeldern ausgehaltene Partei, die nach der Pfeife ihrer Geldgeber tanzt.

Arme Regierung Kahr.

Der Staatskommissar für München-Stadt und Land hat das Erscheinen des „Völkischen Beobachters", eines antisemitischen Hetzblattes, für zehn Tage verboten, weil dieses Blatt am Jahrestag des Münchener Geiselmordes ziemlich unverhüllt zu einem Judenpogrom aufgefordert hatte.

Der Münchener Korrespondent der „Deutschen Zeitung" begleitet dieses Verbot mit dem Ausruf: „Von unseren Regierungsmännern sind achtzig vom Hundert Juden!" — In München sitzt bekanntlich die reaktionäre Regierung Kahr (in Wirklichkeit Dr. Heim), die sich fast ausschließlich auf rechtsstehende Kreise stützt. Aber wenn diese Regierung notgedrungen einmal gegen die äußersten Auswüchse der antisemitischen Hetze einschreiten muß, dann besteht sie a tempo zu achtzig Prozent aus Juden!

Die Taktik der U. S. P.

Die zum zweiten Male fortgesetzte Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. P. führte am Sonntag die Diskussion über prinzipielle und taktische Fragen zu Ende. Von Stöcker und Könen wurden sehr heftige Angriffe gegen die Schreibweise der „Freiheit" gerichtet, die sich nicht an die Beschlüsse des Leipziger Parteitages halte und Verbeugungen vor dem Parlamentarismus mache. Der „Freiheit"-Redakteur Hertz erhob Einspruch gegen die Behauptung, daß die „Freiheit" nicht auf dem Boden der Leipziger Beschlüsse stehe, und auch Hilferding betonte in einem Zwischenruf gegen Könen, daß er sein prinzipielles Einverständnis mit der Entscheidung des Leipziger Parteitages dadurch bewiesen habe, daß er seine eigene Resolution zugunsten der Resolution Ledebour zurückgezogen hätte. (Damals hat allerdings niemand geglaubt, daß der zurückgezogene Hilferding später einmal aus der Not eine Tugend machen würde.) Besonderes Mißfallen bei den Radikalen erregte auch ein Artikel Dr. Breitscheids, des Kandidaten für Niederbarnim, in der „Freiheit".

Die Referenten Däumig und Crispien erhielten nach Annahme eines Schlußantrages das Schlußwort. Däumig polemisierte noch einmal sehr radikal gegen die „Freiheit", während Crispien einen parteitaktischen Eiertanz zwischen den verschiedenen Richtungen aufführte. Er sprach von beweglicher Taktik, die sich den gegebenen Verhältnissen anpassen müsse.

Schließlich wurde gegen wenige Stimmen eine Resolution Hertz angenommen, welche die Gründe anerkennt, die für das Verhalten der Partei- und Streikleitung während des Generalstreiks maßgebend waren. Aufgabe der U. S. P. sei es, die Situation in revolutionärem Sinne auszunutzen und die Diktatur des Proletariats vorzubereiten. Zur Durchführung des Wahlkampfes wird die Einigkeit der Partei verlangt.

Mit der knappen Mehrheit von 225 gegen 170 Stimmen wurde darauf beschlossen, daß durch Annahme dieser Resolution alle anderen prinzipiellen Resolutionen erledigt sein sollten, auch die über die Haltung der „Freiheit". Ein Mißbilligungsantrag gegen Broh wurde durch die Mitteilung erledigt, daß gegen Broh ein Ausschlußverfahren schwebt.

*

Zur kommenden Reichstagswahl hat die Generalversammlung Berlin der U. S. P. eine Kandidatenliste aufgestellt, an deren Spitze Luise Zietz (mit 425 Stimmen) steht; ihr folgen Eichhorn, Ledebour, Crispien, Dr. Moses und Adolf Hoffmann. Richard Müller steht bemerkenswerterweise erst an zehnter Stelle.

Der „Siegerkranz" im Lazarett.

In der Freitag-Abendausgabe hatten wir auf die Taktlosigkeit einiger Insassen des Lazaretts in Trebnitz i. Schl. hingewiesen, die ohne Rücksicht auf die Gefühle ihrer anders denkenden kranken Kameraden diese dauernd durch das Absingen des Liedes „Heil Dir im Siegerkranz" verletzten. Da sich nun, wie jene Radaubrüder unter spöttisch-kaltschnäuzigem Hinweis auf die freiheitliche Reichsverfassung bemerkt hatten, nichts hiergegen einwenden läßt, erinnert ein Freund unseres Blattes unsere kranken Genossen daran, nach dem schönen Grundsatz „Wurst wider Wurst" folgendes Lied anzustimmen:

Unser Kaiser floh gen Holland,
denn er hat ein zart' Gemüt,
das ihn nicht zu seinem Volke,
noch zu Klara Zetkin zieht.

Dieses Lied, von einem kräftigen Männerchor vorgetragen, wäre zwar künstlerisch nicht ganz einwandfrei, dürfte aber in dem

---

Der Blindgänger.

Erinnerungen eines Kriegsgefangenen.

Von Karl Löwe.

Es ist noch dämmrige Morgenfrühe. Vielhundertköpfig steht die graue Masse der deutschen Kriegsgefangenen auf dem Platze in St. Quentin, wo sie jeden Morgen in kleineren oder größeren Arbeitsabteilungen an die Zivilaufseher und Arbeitgeber abgegeben werden. Auf allen Gesichtern liegt Erwartung und gespanntes Auslugen. Jeder denkt: „Wo werde ich heute beschäftigt sein?" So warten sie der Dinge, die da kommen sollen, und der große Löwe auf dem landwirtschaftlichen Denkmal schaut erstaunt und mitleidig auf das Gewimmel zu seinen Füßen, als wollte er sagen: „Wißt ihr denn nicht, es ist ja längst Frieden. Seid ihr denn immer noch da?"

Aber bald zeigt sich eine gewisse Bewegung in der Kolonne. „Aufgepaßt! Sie kommen. Der da mit der Automobilmütze und der gelben Jacke ist der Seelenverkäufer. Mit ihm kommen einige Zivilisten. Es sind die Aufseher und Arbeitgeber, die „Patrone". Einer von ihnen braucht dreißig Mann. Schon sind sie abgezählt, die ersten besten, die ihm am nächsten stehen. „Weiß denn keiner, wo es hingeht?" so raunt die Frage durch die abgezählten Dreißig. „Zum Sägewerk kommen wir. Da sind wir schon angeschmiert. Da gibt es elende Arbeit. Automobile abladen. Zementsäcke schleppen. Jeder weiß das. Komm, wir wollen uns verdrücken. Er sieht gerade weg." Wie der Zivilist vom Sägewerk wieder hinsieht, da hat er nur noch eben die Hälfte. Die anderen haben sich sachte und unauffällig wieder im großen Haufen verkrümelt und beobachten von dort aus verstohlen und schadenfreudig, wie der Sägewerkmann die Getreuen zählt, die ihm verblieben, wie er zornig die Stirne runzelt und den Seelenverkäufer ruft, den Chef vom Dienst. Der zählt ihm andere Leute ab und gibt ihm einen Posten mit Stahlhelm und Bajonett zum Aufpassen. Und nun schnell abgerückt. Denn auch auf die Posten ist kein rechter Verlaß.

Wer nicht bei allen Patronen ist es so. Der gemütliche Alte da braucht nichts zu sagen. Kaum ist er da und schon hat er acht bis zehn Mann um sich versammelt, die er schmunzelnd begrüßt mit „Guten Morgen, meine Herren!" Er braucht eigentlich nur sechs, aber gestern hat er jedem Weißbrot und Käse gegeben und ist bei der Arbeit gemütlich geblieben, da sind gleich einige mehr gekommen. Es kommt ja wohl auf einen nicht an.

So wirkten in diesem Trubel wellenförmig positive und negative, angiehende und abstoßende Kräfte. Mit Widerwillen gingen die Erdarbeiter und Häuserciseurkolonnen an ihre Arbeit, wie fast alle die, die für die Stadt oder eine militärische Behörde arbeiteten. Sie bekamen ihre Führung, bestenfalls ihre Prämie, sonst nichts. Die Arbeit war langweilig und öde. Keine Förderung im Beruf. Kein eigenes Schaffen. Man zählte verdrießlich die Stunden und dachte: „Wie lange mag dies Elend noch dauern." Aber der Aufseher, der froh ist, eine Anstellung zu haben und bei seiner vorgesetzten Behörde als tüchtiger Beamter auffallen möchte, denkt anders. Er will was geleistet haben. Er gibt gute Worte. Er wird energisch. Die Gefangenen schauen sich an. In jedem Gehirn derselbe Gedanke. Nur gerade nicht.

Was Wunder, wenn da mancher zur Selbsthilfe griff. Dem Posten oder Aufseher wird die Sache auch oft langweilig. Er sucht im nahen Café eine alkoholische Sensation. Oder er steigt irgendwo herum auf Brautschau. Schon macht sich bald hier, bald da ein Gefangener aus dem Staube. Der eine weiß hier, der andere dort etwas. Dieser geht zu einem Zimmermann, jener zu einem Schlosser. Ein Lehrer arbeitet als Möbeltischler. Ein anderer sucht sich eine Stelle als Hausknecht. Ganz gleich. Nur selbständig arbeiten und etwas verdienen, etwas sehen und hören. Heraus aus dem Stumpfsinn. Herzlich willkommen ist der deutsche Arbeiter bei manchem Unternehmer mit seiner frischfröhlichen Arbeitskraft. Ist zwar ein Bosch, leistet aber was, und ist immer noch billiger als ein Landsmann, der oft auch noch nicht einmal zu haben ist. Er gibt ihm zu essen und ein paar Frank für den Tag. So ist beiden geholfen. Nur aufpassen muß man, es werden beide bestraft, denn das Blindgängertum, so nennt man dieses Arbeitsverhältnis, war ausdrücklich verboten. Ununterbrochen sausten der Seelenhändler und seine Agenten in der Stadt herum, um Blindgänger zu fangen. Aber der richtige Blindgänger war listig. Scheinbar marschierte er neu und brav mit zu der vorgeschriebenen Arbeit, sprang plötzlich in eine Seitengasse und wartete, wenn es nötig war, in einem verlassenen Hause, bis die Luft sich genügend gereinigt hatte, um seine Privatarbeitsstelle aufsuchen zu können.

Wenn das Blindgängertum nicht ausgerotten war, mußte man es schon leben lassen, denn es war ja nur der Ausbruch der in den Gefangenen gewaltsam unterdrückten Lebenskräfte, die so ewig sind, wie die Menschheit selbst. Es war die brutal niedergehaltene Riesenmenge von geistiger und körperlicher Arbeitsenergie, von Wissenschaft und beruflicher Erfahrung, von überschäumender und nach Luft und Sonne verlangender jugendkräftiger Daseinsfreude, die allen Hindernissen zum Trotz immer wieder hervorbrach mit der gleichen Naturkraft, mit der keimende Samenkörner Felsen sprengen.

Amundsen gibt die Polfahrt nicht auf! Von Amundsen ist die erste direkte Nachricht in Kristiania eingetroffen. Das Telegramm ist vom 23. April und drahtlos von Anadyr in Nordostsibirien über Rome in Alaska befördert. Der Bericht gibt kurz Aufschluß über die Erlebnisse seit dem 12. April 1919, wo das Wintergemeinsam am Kap Tschelyuskin verlassen wurde. Durch die Nordenskjöldsee und zwischen den neusibirischen Inseln hindurch ging die Fahrt östlich. Auf dem 77. Grad geriet das Schiff in Packeis, das indes nach Süden (statt der erhofften Nordwestrichtung) trieb. Man mußte sich loseisen und Winterquartiere auf der Ajon-Insel aufschlagen. (Nähere Angaben.) Verbindung mit dem Festlande wurde hergestellt. Dr. Sverdrup begab sich zu Studienzwecken unter die Rennticrnomaden. Versuche, über Nischnij-Kolymsk Nachrichten nach Europa zu schicken, glückten nicht. (Die Verbindung nach dem Osten über Anadyr ist bekanntlich, wie diese Nachricht bezeugt, gelungen.) Im Frühjahr hofft Amundsen, seine Reise nordöstlich fortsetzen und im Juli-August in Rome (Alaska) eintreffen. Von dort soll dann die Polfahrt über die Wrangelinsel angetreten werden. Sie wird wahrscheinlich 5 Jahre dauern.

Amundsen gibt also seine Pläne nicht auf, obwohl die bisherigen Erfahrungen nicht zu ihren Gunsten sprachen. Vielleicht hat er bei einem neuen Vorstoß mehr Glück und erreicht die Eisdrift, die über den Pol oder doch in unerforschte Gebiete führt.

Hans Baluschek, dem Schilderer des Berliner Vorstadtlebens, ist eine Ausstellung gewidmet, die Sonntag im Künstlerhaus, Bellevuestr. 8, eröffnet wurde. Sie gibt einen Ueberblick über das gesamte Werk des Künstlers, der in diesen Tagen seinen 50. Geburtstag hat. Wir sehen die Blätter wieder, mit denen Baluschek einst seinen Ruf begründete, als er sie unter dem Titel „Zwischen O. und W. Ein Berliner Bilderbuch" im Januar 1897 bei Gurlitt zum erstenmal ausstellte. Sie erschlossen damals den Berlinern den Sinn für die Eigenart der Weltstadtperipherie. Die Ausflugsgegenden des Grunewalds, die Hasenheide, die Rummelplätze und Tanzlokale der Außenbezirke, die Idyllen Klein-Kamerun, die Paradiese der Grundstückspekulanten an den Weichbildgrenzen, wo zwischen Sandwüsten und Oedflächen schon asphaltierte Wege laufen und hie und da eine Straßenbahn fährt, werden auf diesen Blättern in charakteristischen Ausführungen festgehalten, die von Gruppenarrangements und Einzelfiguren belebt sind. Kein Schönheit suchender Poet und kein rührseliger bürgerlicher „Freund der Armen", sondern ein bitterer Satiriker hat in ihm seine Eindrücke gestaltet. Und diese Herbheit und Unerbittlichkeit der Auffassung blieb bezeichnend für das ganze Lebenswerk Baluschek. Stumpfe Oede und nüchterne Häßlichkeit geben den Motiven die beherrschende Note. Selbst wo hie und da die Sonne auf den Bildern erstrahlt, scheint ihr Licht nur die Trostlosigkeit der Gegend und ihrer Bewohner zu verspotten.

In anspruchslosen, leichtgetönten Zeichnungen kleinen Formats zeigt Baluschek sein bestes und eigenartiges Können. Wo er sich an größere Aufgaben wagt und namentlich da, wo er komplizierte Licht- und Farbenwirkungen zu erfassen versucht, wie in den „Spiritisten", dem „Sommerfest in der Laubenkolonie" und der „Gießerei" versagt die Kraft, die auch dem seriösen Pathos (vergl. die Serie „Opfer" und das symbolische Gemälde „Zukunft") nicht gewachsen ist. Alles in allem liegt Baluschek's Bedeutung in der künstlichen Eroberung eines wichtigen künstlerischen Neulandes und in der schöpferischen Ausprägung eines Menschentypus, dessen Eigenart vor ihm niemandem zum Bewußtsein gekommen war. J. S.

Preisausschreiben der Akademie der Künste. Die Akademie der Künste hat wieder eine größere Zahl von Wettbewerben für bildende Künstler ausgeschrieben. Die Zulassungsbedingungen sind wesentlich erleichtert, insbesondere sind für ehemalige Kriegsteilnehmer die für die Bewerbung ausgeschriebenen Altersgrenzen anderweit festgesetzt. Die näheren Bestimmungen gibt das Bureau der Akademie, Pariser Platz 4, aus.

Twardowski spricht am letzten Vortragsabend im Meistersaal am 8. Mai Nitte.

ergreakitionären Trebnitz sehr heilsam wirken. Es schmeckt nicht jede Medizin, und gegen Gift hilft schließlich nur Gegengift.

Schreckschüsse des Majors v. Sommerfeld.

Nachdem wir uns mit den Vorgängen im Reichswehr-Pionier-Bataillon 15 und mit dem Verhalten des Majors v. Sommerfeld während der Putschtage mehrfach beschäftigt hatten, erhielten wir am 29. April das nachfolgende interessante Schreiben:

„Namens und im Auftrage des Majors v. Sommerfeld sowie des Hauptmanns Weber, beide vom Reichswehr-Pionier-Bataillon 15, teile ich Ihnen mit, daß ich wegen des in Ihrer Abendausgabe vom 26. April 1920 enthaltenen Artikels „Noch ein Kleber" Strafantrag wegen öffentlicher und verleumderischer Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft I gestellt habe. Bei dieser Gelegenheit wollen Sie auch davon Kenntnis nehmen, daß in der vorigen Woche von dem Offizierkorps des Reichswehr-Pionier-Bataillons 15 Strafantrag wegen Beleidigung, enthalten in Ihren Artikeln „Reichswehr und Kapp-Putsch" in der Morgenausgabe vom 2. d. M. und „Unheilbarer Optimismus" in der Morgenausgabe vom 3. d. M. bei der Staatsanwaltschaft I eingereicht ist. Da sich somit das Gericht mit den Vorgängen innerhalb des Pionier-Bataillons in den Märztagen demnächst beschäftigen wird, so dürfte es sich empfehlen, bis zur gerichtlichen Feststellung auch jede sachliche Beschäftigung in Ihrem Blatte mit dem Verhalten des Offizierkorps des Bataillons in jenen Tagen zu unterlassen."

Hochachtungsvoll
Dr. Eiswaldt, Rechtsanwalt.

Herr v. Sommerfeld und sein Rechtsbeistand halten uns für reichlich naiv. Die letzten Zeilen des Schreibens lassen gar zu deutlich erkennen, daß sich hinter den bedrohlichen Schreckschüssen der Klageandrohung alles andere als Kampfeslust verbirgt. Die Sache wird noch origineller dadurch, daß in dem Artikel „Reichswehr und Kapp-Putsch" vom 2. April (der Rechtfertigung Noskes) und in dem Artikel „Unheilbarer Optimismus" vom 3. April (Erwiderung auf Noske) das Pionier-Bataillon 15 überhaupt nicht erwähnt war.

„Was heißt Eid!"

Erbauliches von den Hirschberger Jägern.

Der Hamburger Oberst v. Ledebour, der von 8 bis 9 Uhr alle Eide bricht, die er von 7 bis 8 geschworen, erhält ein Gegenstück in Gestalt des Kommandeurs des Reichswehr-Jägerbataillons 5 in Hirschberg, des Majors v. Bülow. In den Tagen des Putsches stand Herr v. Bülow mit dem gesamten Offizierkorps seines Bataillons geschlossen auf Seite der Kapp-Regierung. Den Soldaten wurde jede Möglichkeit genommen, sich sachlich aufzuklären, es wurden ihnen nur die Befehle der Kapp-Regierung verlesen, im übrigen war ihnen das Verlassen der Kaserne verboten. Trotzdem fehlte es nicht an einsichtigen Leuten, die bei Major v. Bülow vorstellig wurden und auf ihre Gewissensbedenken wegen des geleisteten Eides auf die Verfassung hinwiesen. Sie wurden von dem Major angeherrscht: „Was heißt Eid! Sie haben die Befehle des Vorgesetzten durchzuführen!"

Das sind die Herren, die sich wundern, wenn sie nun jedes moralische Ansehen bei den Mannschaften verloren haben.

Bei dem Bataillon wurden auch einige Offiziere und Unteroffiziere von den Baltikumtruppen eingestellt. Sie befinden sich noch heute da, obwohl einer von ihnen bis jetzt noch immer keine Militärpapiere herbeischaffen konnte. Dafür aber stützt er sich auf ein Zeugnis, wonach er „ein treu monarchisch gesinnter Mann" ist! Ein anderer, der Offizierstellvertreter Herpel erklärte vor einigen Tagen, daß in kurzer Zeit ein neuer Putsch kommen würde, aber stärker als der erste. Dieser Mann ist vor ganz kurzer Zeit zur Beförderung zum Offizier vorgeschlagen worden.

Ein Hauptmann Hochbaum übt den stärksten Druck auf alle verfassungstreuen Elemente aus, so daß zehn Oberjäger und eine Menge Jäger sich entlassen ließen. Dafür führt er jetzt das Bataillon. Die 3. Kompagnie, bei der sich viele republikanisch gesinnte Leute befanden, wurde plötzlich aufgelöst und durch eine geschlossene Kompagnie des reaktionären Freikorps Faupel ersetzt.

Die Mannschaften sind demgegenüber wehrlos. Selbsthilfe ist ihnen verboten und das Reichswehrministerium ist weit.

Die Quelle der Ehrabschneiderei. Zu dieser Notiz sendet uns Alex Schweizer eine Berichtigung, in der er seinen Brief an die Dessauer Parteigenossen zwar nicht bestreitet, aber in der Weise zu rechtfertigen sucht, daß er nicht die Anschuldigung des Mordes, sondern des Totschlages gegen den Genossen Kuttner erhoben hat, daß er nicht andere Vorwürfe auf ähnlichem Niveau, sondern den Vorwurf der journalistischen Korruption erhoben habe usw. Schweizer bestreitet auch, daß er etwas mit der Notiz in der unabhängigen Presse zu tun habe, wobei allerdings zu erklären bleibt, wieso sich in Schweizers Brief genau dieselben frei erfundenen Details bis ins kleinste finden, wie in der Notiz der unabhängigen Presse. Der Brief Schweizers befindet sich in unserer Hand, wir verzichten aber einstweilen auf jedes nähere Eingehen auf seinen Inhalt, da Schweizer durch Genossen Kuttner Gelegenheit gegeben werden wird, seine Anschuldigungen vor Gericht zu vertreten.

Wirtschaft

Zwangsanleihe!

In Nr. 47 des „Vorwärts" vom 26. Januar „Zwangsanleihe oder Notendruckerei" schrieben wir:

„Die Banken, Sparkassen und Börsen schwimmen im Geld, die Hamsterer auf dem Land wie in der Stadt füllen die Waschkörbe damit, aber das Reich muß mangels Geld Noten drucken. Das ist doch ein ganz verrückter Zustand!"

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat in seiner letzten Rede vor der Nationalversammlung davon gesprochen, daß im Interesse unserer Wirtschaft und der sozialen Gesetzgebung ein Abbau unserer schwebenden Schuld und der Papiergeldwirtschaft ein dringendes Erfordernis sei. Die Tatsache, daß in unseren Sparkassen und Banken mehr als 80 Milliarden Einlagen vorhanden seien, beweise die Möglichkeit, unsere schwebenden Schulden in starkem Umfange zu binden. In diesem Zusammenhange hieß es dann weiter:

„Darum muß unter allen Umständen die Anleihepolitik großzügig in Angriff genommen werden, und wenn es dabei nicht ganz ohne Zwang ausgehen kann, so müssen wir auch dazu den Mut finden, im Interesse unseres inneren Wirtschaftslebens und unseres ausländischen Kredites."

Zu der Rede des Reichsfinanzministers bemerkt nun der „Berliner Börsen-Courier" folgendes:

„Dr. Wirths Bekenntnis zur Zwangsanleihe wirkt an sich nicht unsympathisch. Eine Zwangsanleihe dürfte in ihrer Wirkung dem Reichsnotopfer zumindest gleichkommen, wenn nicht darüber hinausgehen. Zu tragen wäre sie von der Volkswirtschaft ungleich leichter. Während bei dem Reichsnotopfer dem Besitzenden ein bedeutender Teil seines Vermögens endgültig genommen wird, handelt es sich bei der Zwangsanleihe nur um eine vorübergehende Entziehung. Das ist besonders in Krisenzeiten, wie wir sie erleben, von größter Bedeutung. Angenommen selbst, die Zwangsanleihe würde nicht mit Zinsen ausgestattet, (was für das Reich beiläufig, wenn die Anleihe zur Abdeckung der Kriegsschulden benutzt wird, eine Zinsersparnis von 9 Milliarden pro Jahr ausmachen würde) so wäre sie doch noch immer leichter als das Reichsnotopfer zu tragen, weil die Vermögensteile zwar dem Reich zu bestimmten Zwecken zur Verfügung gestellt würden, dafür aber Besitztitel in der Hand der Einzelwirtschaften verblieben. Diese könnten, selbst wenn wir mit einem niedrigen Kurs rechnen, immerhin lombardiert werden."

Die Aufnahme einer Zwangsanleihe könnte daran erfolgen, daß von einer bestimmten Vermögensstufe ab etwa ein Drittel des Vermögens in Zwangsanleihe anzulegen sei, wobei der Besitz an Kriegsanleihen und niedrig verzinsten Staatspapieren in Abzug gebracht werden könnte. Wir wissen, daß nur ein Teil der Zahlungsmittel den Banken und Sparkassen zugeführt, dagegen ein erheblicher Teil gehamstert wird. Aus diesem Grunde dürfte eine Abstempelung aller Noten zum Zweck der Besitzfeststellung unumgänglich sein.

Wenn wir bedenken, daß die deutschen Steuerzahler, und zu diesen zählen die Arbeiter, deren Einkommen am schärfsten erfaßt wird, in erster Linie, heute 12½ Milliarden Zinsen für die Reichsschulden aufbringen müssen, auf der anderen Seite die besitzenden Massen, vor allem die Schieber, einen geradezu widerlichen Luxus und Verschwendung treiben, dann müssen wir die Forderung, eine zinslose Zwangsanleihe aufzulegen, immer wiederholen und vom Reichsfinanzminister eine baldige Vorlage für den neuen Reichstag erwarten, damit der Papiergeldvermehrung ein Ende gemacht wird.

Die Reichsstickstoffwerke als A.-G. Mitteldeutsche Stickstoffwerke Akt.-Ges. in Berlin. Der Gründungsbericht über die der von der Berliner Handelskammer eingesetzten Revisoren liegt nunmehr vor. Danach ist das Kapital von 60 Mill. M. folgendermaßen übernommen worden: durch den Reichsfiskus 50 999 000 M., durch die Elektrowerke Berlin 1000 M., durch die Gesellschaft für Kraftübertragung G. m. b. H. in Berlin 1000 M., durch die Vereinigten Aluminiumwerke Akt.-Ges. 1000 M., durch die Reichskredit- und Kontrollstelle G. m. b. H. 1000 M. Das Kapital ist zunächst mit 25 Proz. eingezahlt worden. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Unterstaatssekretär Goldkuhle, Geh. Regierungsrat Caro, Felix Heimann, Geh. Regierungsrat Lenzmann, Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Kalkstickstoffen, anderen stickstoffhaltigen Düngemitteln und sonstigen chemischen Erzeugnissen, insbesondere in den in Piesteritz vorhandenen Anlagen, der Vertrieb dieser Erzeugnisse und ihre sonstige Verwertung.

Groß-Berlin

Begegnung.

Wiemer ging in Abendröten — Einige Demokröten töten. — Damit hat er's furchtbar eilich, — Weil er jetzt doch volksparteilich. — Grade will er sich verschnaufen, — Kommt der Rektor Kopsch gelaufen.

„Wiemer, du?!" „Kopsch, seh ich recht?!" — Ach, wer denkt noch an Gefecht, — Mord und Totschlag, Blutvergüß? — Nein, Umarmung folgt und Kuß! — Ob solch glücklichem Begegnen — Sieht man Freudentränen regnen.

Droben ist der Mond mit Prangen — Ueber Wolken aufgegangen. — Drin als Mann im Monde sitzt — Bülow. Schau! Er lacht verschmitzt!

Kaspar.

Maistimmung bei Schert.

Der „Lokalanzeiger" berichtet über den 1. Mai. Der „Lokalanzeiger" ist unzufrieden über seinen Verlauf. Es war nämlich lachender Sonnenschein, sagt der „Lokalanzeiger", aber das Straßenbild hatte ein trübes Gepräge. Ein trübes Gepräge hatte das Straßenbild, weil die Straßenbahnen nicht fuhren. Infolgedessen war bei den Feiernden „gedrückte Stimmung", sagte der „Lokalanzeiger"-Reporter, was aus seiner gedrückten Stimmung herzuleiten wäre, weil er zu Fuß laufen mußte.

Der „Lokalanzeiger" gibt auch ein Stimmungsbild". Wer wäre geeigneter, über den 1. Mai ein Stimmungsbild zu dichten als der „Lokalanzeiger", der alle Gefühle bei den Wurzeln zu fassen versteht. Der Sonntag, sagt er, war ein Sonntag nach Machtgebot der Proletarier. Siehst du, Proletarier, da hast du es, dafür wirst du auch zwischen Anführungsstrichen gestellt, denn du bist eigentlich kein Proletarier, sondern ein Spießbürger. Also entdeckt der „Lokalanzeiger" Verwandtschaftsgefühle zwischen dir und ihm, was ihm viel Spaß macht.

Sehr ärgerlich ist dann das neckische Lokalblättchen über das Fehlen der roten Schlipse. „Selbst die roten Mainelken wurden nicht mehr gekauft." Damit weiß jetzt die ganze Welt, daß, wie der „Lokalanzeiger" sagt, „die Wogen der roten Begeisterung nirgends mehr sehr hoch zu gehen scheinen". Wir möchten unsererseits den Wogen der roten Begeisterung, wenn sie sich „wieder erhoben", empfehlen, den „Lokalanzeiger" mit seiner ganzen Gesellschaft an jene einsamen Gestade zu entführen, wo er hemmungslos den „ewigen Mai" bedichten kann.

Protest der Schuhmacher.

Montagvormittag wurde im Friedrichshain eine von der Zentrale der Vereine selbständiger Schuhmacher einberufene Versammlung abgehalten. Sie nahm eine Resolution an, deren wesentlicher Inhalt ist: Die Versammlung protestiert gegen die im Publikum verbreitete Anschauung, als ob der Schuhmacher der Wucherer sei. Nicht der Schuhmacher, sondern die Kapitalwirtschaft in allen Zweigen der Industrie ist schuld an den hohen Preisen für Schuhmacherarbeiten. Die selbständigen Schuhmacher leiden ebenso wie die Masse der Bevölkerung unter den Teuerungsverhältnissen. Hierdurch sowie durch die gesteigerten Löhne und Geschäftsunkosten werden die Preise für Schuhmacherarbeit bestimmt.

•

Die Schuhmacher zogen darauf nach dem Vorwärtsgebäude und fühlten sich bemüßigt, gegen angeblich ihnen durch die Presse zugefügtes Unrecht vor den Fenstern unserer Redaktion zu demonstrieren. Es wurde viel und laut geredet und dabei die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Stiefelsohlen nicht zu bezahlen sind.

„In der Notwehr erschossen wurden am 1. Mai zwei Personen. Der Wächter August Schwabach aus der Grandenzer Str. 14, der im Dienste des Vereins der Grundbesitzer steht, bemerkte auf seinem Rundgange in einem Hause in der Mehner Straße einen Mann, der ein Haus verließ, ohne es wieder zu verschließen. Weil ihm der Vorgang verdächtig vorkam, fragte er den ihm Unbekannten, weshalb er die Haustür offenstehen lasse. Dieser gab ihm zur Antwort, daß es ihm gar nichts angehe, und versuchte gleich, dem Wächter ins Gesicht zu schlagen. Es entspann sich jetzt ein Wortwechsel, dem der Wächter dadurch ein Ende bereitete, daß er seinen Rundgang fortsetzte. In der Weinstraße fiel der Mann plötzlich über den Wächter her und schlug ihn zu Boden. Auf der Erde liegend zog dieser jetzt seine Schußwaffe und feuerte auf den Angreifer. Dieser wurde so schwer verletzt, daß er auf der Stelle zusammenbrach und verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Nach bei dem Toten vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen Bureauvorsteher Alfons Marks. — In der Katharinenstraße 4 erschien der 22 Jahre alte Galvaniseur Adolf Noak aus der Bernauer Straße 108 im angetrunkenem Zustande in einem Schanklokal. Er lärmte dort und griff den 30 Jahre alten Telegraphenanwärter August König aus der Soldiner Str. 71/74, der den Wirt vertrat, schließlich tätlich an. Um sich seiner zu erwehren, schoß dieser auf Noak und verletzte ihn tödlich.

Unglücksfälle beim Motorradrennen auf der Olympiabahn. Bei den Motorradrennen, die gestern der Motorradklub Berlin auf der Olympiabahn veranstaltete, hat sich ein Massensturz zugetragen, der einen tragischen Ausgang nahm. Im vierten Rennen kam in der ersten Kurve der an der Spitze liegende Fahrer zu Fall und wurde beim Herabrutschen von der Höhe zum Innenraum von zwei ihm dicht folgenden Konkurrenten, von denen einer der Düsseldorfer Birkhahn war, überfahren, ohne aber dabei großen Schaden zu nehmen. Der Unfall wäre damit beendet gewesen, wenn die nach außen an die Balustrade gedrängte Maschine Birkhahns nicht einen dort liegenden Fuchspelz mitgerissen hätte, der den Fahrer verwickelte. Das Rad schlug gegen die Barriere, Birkhahn wurde auf die Bahn geschleudert, wo der ihm dicht folgende andere Fahrer über ihn stürzte. Birkhahn war, als man ihn aufhob, tot. Die anderen Fahrer hatten nur leichtere Verletzungen erlitten. Einige Zuschauer, die sich zu weit vorgebeugt hatten, erlitten leichtere Verletzungen.

Zum Protest gegen die Brotverteuerung rief die Konsumgenossenschaft auf, als sie in der Unionsbrauerei, Hasenheide, eine Versammlung abhielt, in der das Vorstandsmitglied Mirus in einem Vortrage das Thema der Brotverteuerung behandelte. Mirus glaubt, daß der gegenwärtige Preis von 4.50 M. noch nicht der Höchstpreis sei, sondern in der Folge noch überholt werden würde. Lebhaft wandte er sich gegen die Mehlkontingentierung und berechnete, daß ohne diese das Brot 15 Pf. billiger sein könne, weil es dann möglich sei, den Arbeitslohn pro Brot von 29 Pf. auf 14 Pf. herabzudrücken. Er sagte wörtlich: das Mehlkontingent ist eingeführt, um die arbeitslosen Bäcker unterzubringen und sie auf Kosten der Allgemeinheit durchzuhalten. Daß die Bäckermeister dafür eintreten, geschehe deshalb, weil diese Zünftler mit dem Kontingent die Großbetriebe bekämpfen wollen. Heut müsse es heißen: Nicht kontingentieren, sondern sozialisieren. Redner rechnete sehr scharf mit den Bäckermeistern ab und kam dann zu dem Schluß: die Zwangswirtschaft müsse aufrechterhalten werden, bis das Angebot der Waren die Nachfrage übersteige. In der Diskussion trat der Vertreter der Bäckergesellen Livländer dem Referenten entgegen und bezeichnete das ganze Referat wiederholt als Spiegelfechterei. Die Versammlung solle nur gebraucht werden, um gegen das Mehlkontingent Sturm zu laufen. Gegen diese Ausführungen wandte sich das Vorstandsmitglied Lange. Er warf den Bäckern vor, daß sie durch die Kontingentierung die Allgemeinheit ausplünderten. Der Fortschritt beruhe auf der technischen Entwicklung, nicht darin, daß man an den alten zünftlerischen Dingen festhält. Der Redner gab schließlich zu, daß die Brotpreiserhöhung am wenigsten auf das Konto der Bäcker, sondern auf das der Agrarier komme. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde eine im Sinne seiner Ausführungen verfaßte Resolution angenommen.

Kommunalisierung des Bestattungswesens in Reinickendorf. Der Beschluß der Gemeindevertretung, das Bestattungswesen zu kommunalisieren, ist nunmehr in die Tat umgesetzt worden. Vom 1. Mai ab beginnt die Bestattungsabteilung ihre Tätigkeit. Von der Meldung des Todesfalls bis zur Bestattung oder Einäscherung übernimmt das Gemeindebureau alle Formalitäten. Es soll damit verhindert werden, daß die Kopflosigkeit, die ja oft eine nur zu natürliche Folgeerscheinung trauriger Familienereignisse ist, zum Schaden der Betroffenen wucherisch ausgebeutet werden kann. Das Sarglager der Gemeinde kann allen Ansprüchen gerecht werden. Ebenso steht eigenes Beerdigungsfuhrwerk zur Verfügung.

Im Bericht über die Maifeiern in der heutigen Morgenausgabe muß es heißen: In Hohenneuendorf und Stolpe sprach Genosse Wissell und statt Herzfelde Bergfelde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 3. Mai:

9. Abt. Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute Kottbuser Ufer 39, Kantine Erdmannshof 7½ Uhr.

15. Abt. 7½ Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und politischen Betriebsvertrauensleute bei Schwarz, Blankenfelder Str. 10. Pünktliches Erscheinen dringend erforderlich.

24. Abt. 7 Uhr bei Rödner, Immanuelkirchstr. 25, Konferenz der Partei- und Betriebsfunktionäre.

Friedenau. 7½ Uhr Frauenabend, Lutzenschule, Gotzkowskystraße Klasse I O. Referentin Oberlehrerin Genossin Kanten. Thema: Historischer Religionsunterricht oder Moralunterricht?

Morgen, 4. Mai:

13. Abt. 7 Uhr Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Meiten, Brandenburgstr. 82.

27. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bei Dimbrolaw, Swinemünder Str. 11.

44. Abt. 7½ Uhr Sitzung der Bezirksführer bei Mielsch, Christianiastraße 115.

Verein sozialdemokratischer Polizeibeamten Groß-Berlin. Nachmittags 5 Uhr im großen Saal der Happelbrauerei, Hasenheide 32/38 öffentliche Versammlung aller Polizeibeamten der blauen, grünen und Kriminalpolizei. Thema: Die Polizeibeamten und die kommenden Wahlen

Aus aller Welt.

Schweres Grubenunglück.

Auf dem Wilhelmsschacht II in Zwickau brach infolge explodierender Gase ein Brand in einem Flöz aus, der über zwei Tage wütete. Der 300 Mann starken Belegschaft gelang es bis auf neun Mann, rechtzeitig auszufahren. Diese neun Mann sind vermutlich erstickt. Leider war es bisher nicht möglich, Verbindung mit ihnen herzustellen.

Die Maifeier der oberen Zehntausend.

Aus New York wird gemeldet, daß der 1. Mai in den Vereinigten Staaten ohne ernste Störungen verlaufen ist. Beamte der Bundesbehörden, Privatdetektive und Polizisten bewachten den ganzen Tag über die öffentlichen Gebäude sowie die Wohnungen und Geschäftsräume der Millionäre.

Die Jagd nach den Millionen.

Wien, 2. Mai. Dem hier weilenden ukrainischen diplomatischen Kurier in Griechenland Glaußmann wurden gestern nacht von seinem Kollegen, dem ukrainischen diplomatischen Kurier in Griechenland, Granowsky, in einem Wiener Hotel mehrere Pakete Banknoten verschiedener Länder im Werte von mehreren Millionen Kronen entwendet. Granowsky, der von Beruf Arzt ist, ist flüchtig. Geschädigt ist der ukrainische Staat. Eins der entwendeten Pakete stammt aus der ukrainischen Gesandtschaft in Berlin.

Gewerkschaftsbewegung

Die Schlußtagung der Schuhmacher.

Nürnberg, 30. April 1920.

Ueber die Verschmelzungsfrage in den lederverarbeitenden Berufen referierte Verbandsvorsitzender Simon. Er führte aus, daß der zuerst propagierte Gedanke auf Schaffung eines Bekleidungsindustrieverbandes fallen gelassen worden sei, dafür aber ein Zusammenschluß aller ledererzeugenden und lederverarbeitenden Berufe angestrebt werde. Schon die neuerdings stark in Erscheinung getretene Verschmelzung der Leder- und Schuhfabriken zwinge zu einer Konzentration der in diesen Industrien arbeitenden Berufe. Auch für die Sozialisierung würde der Zusammenschluß vorteilhaft sein. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die allen Arbeitern der lederherstellenden und lederverarbeitenden Industrie empfiehlt, sich zu einem großen und starken Industrieverband aller Lederarbeiter zu verschmelzen, und beauftragt den Vorstand, mit den übrigen Verbänden sofort in Verbindung zu treten.

Der Vorsitzende der Lederarbeiter, Mahler, sagte, daß auch sein Verband im Prinzip damit einverstanden sei und einen diesbezüglichen Beschluß auf seinem letzten Verbandstag gefaßt habe.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: die Lehrlingsfrage im Schoßgewerbe wird eine Entschließung angenommen, die sich auf den Boden der Beschlüsse des 10. Gewerkschaftskongresses von Nürnberg 1919 stellt und neben anderem in der Hauptsache eine gründliche fachgemäße Ausbildung fordert. Weiter soll bis auf 2 Arbeiter ein Lehrling kommen, auf 3 bis 5 Arbeiter ein weiterer Lehrling.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, die den Kollegen untersagt, daß sie nach Leistung ihrer achtstündigen Arbeitszeit noch Nebenarbeit ausführen, da dadurch eine große Schädigung der Kollegen im Handwerk erfolgt.

Weiter wurde eine Regelung der Gehälter der Angestellten entsprechend den gegenwärtigen Zeitverhältnissen vorgenommen. Die Gehälter wurden den Mindestlöhnen der Kollegen angepaßt.

Nach ausgedehnter Debatte wurden nach Vorschlägen der Statutenberatungskommission folgende Beitragssätze angenommen: Klasse 1: 3.50 M., Klasse 2: 2.75 M., Klasse 3: 2 M., Klasse 4: 1 M. Von den zu zahlenden Unterstützungen wird besonders die Streikunterstützung bedeutend erhöht. Diese beträgt je nach Klasse und Mitgliedschaftsdauer 24 bis 105 M. pro Woche, die Arbeitslosenunterstützung 6 bis 21 M., die Krankenunterstützung 3 bis 10.50 M. pro Woche. Als Wöchnerinnenunterstützung wurde eine einmalige Unterstützung von 20 M. festgesetzt. Arbeitslosen-, Reise-, Umzugunterstützung und Sterbegeld wurden ebenfalls entsprechend erhöht.

Ein Antrag auf Bewilligung von 10 000 M. für Wahlpropaganda wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bei der Wahl wurde Simon-Nürnberg einstimmig als Verbandsvorsitzender wiedergewählt, ebenso einstimmig der 1. Kassierer Reun und der 2. Kassierer König. Für den ausscheidenden Redakteur Bock wurde Trefflich-Nürnberg gewählt. Als 2. Vorsitzender wurde Lex-Stuttgart mit 60 Stimmen gegen 57 Stimmen, die auf einen anderen Kandidaten fielen, gewählt.

Ausschußvorsitzender Haupt-Magdeburg wurde ebenfalls einstimmig gewählt.

Am Schlusse der Tagung nahm Redakteur Bock, der 45 Jahre an der Spitze der Redaktion stand, mit bewegten Worten Abschied von seiner Lebensarbeit. Damit waren die Arbeiten des Verbandstags erledigt.

Gastwirtsgehilfenstreik in Hamburg.

Hamburg, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Seit Sonnabend 9 Uhr sind die Hamburger Gastwirtsgehilfen in den Ausstand getreten. Lohnforderungen, die vom Gastwirtschaftsverband nicht bewilligt worden sind, haben den Anlaß dazu gegeben. Die große Mehrzahl der Gastwirtschaftssälen ist geschlossen.

Die neue Tarifbewegung der kaufmännischen Angestellten und Werkmeister in der Textilindustrie,

den Färbereien und Waschanstalten ist an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt.

Die ersten Verhandlungen verliefen durchaus ergebnislos. Die Organisationsvertreter sahen sich gezwungen, die Verhandlungen abzubrechen und den Arbeitgebern anheimzugeben, entweder eine Revision ihrer Vorschläge vorzunehmen oder die Tarifverträge an anderer Stelle mit anderen Mitteln als denen der Verständigung weiterzuführen. In einer erneuten, von den Arbeitgebern anberaumten Sitzung erklärten diese sich bereit, den Angestellten ab 1. April folgende Gehälter zu zahlen: Jugendliche Angestellte 200 bis 525 M., Fakturisten usw. 675 M., Filialleiterinnen 660 M., Kontokorrentbuchhalter usw. 950 M., I. Buchhalter usw. 1100 M., Hauptkassierer usw. 1200 M.

Die Vertreter der Afa konnten angesichts dieser Gehaltssätze nicht erklären, daß sie den Angestellten die Annahme dieser Sätze empfehlen werden.

In einer in den Residenzfestsälen stattgefundenen stark besuchten Versammlung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Die versammelten Angestellten der Textilindustrie stellen mit Entrüstung fest, daß die Unternehmer sowohl in der Beratung des Manteltarifes als auch in der Gehaltsfrage so wenig soziales Verständnis für die Notlage der Angestellten gezeigt haben, daß sie gezwungen sind, das Arbeitgeberangebot rundweg abzulehnen.

Die Angestellten sind sich der Verantwortung bewußt, daß ein eventueller Streik für die berechtigten Forderungen der Angestellten dem Wirtschaftsleben unermeßlichen Schaden zufügen würde. Sie fordern die Vertreter der Afa auf, um keinen Weg unbeschritten zu lassen, noch einmal sofort mit den Arbeitgebern auf Grund unserer Forderungen in Verhandlung zu treten. Lehnen sie ab, so fällt ihnen allein die Verantwortung für den entbrennenden Kampf in der Textilindustrie zu."

Es wird sich in den nächsten Tagen zeigen, ob ein Kampf in der Textilindustrie zu vermeiden ist.

Teuerungszulagen für den Putz-Einzelhandel.

Zwischen den Arbeitgeberverbänden für den Putz-Einzelhandel und dem Zentralverband der Angestellten ist folgendes vereinbart worden:

Auf die ab 1. November 1919 geltenden Tariflöhne werden nachstehende Teuerungszulagen gewährt:

Lehrlinge und Angestellte bis zum einschließlich 2. Berufsjahr erhalten im 1. Halbjahr ihrer Tätigkeit 25 M., im 2. Halbjahr 35 M., im 2. Jahr 50 M. Für die Monate Februar, März, April, Mai gleichbleibend. Die drei Monate Probezeit bei den Lehrlingen kommt nicht in Anrechnung.

Kaufmännische Angestellte (Lageristen, Verkäufer usw.) erhalten für Monat Februar 60 Proz., für März 66⅔ Proz. und für April-Mai 75 Proz. Teuerungszulage auf die Tarifsätze. Die Zahlung der Teuerungszulagen für Februar und März hat ohne jeglichen Abzug zu erfolgen.

Neuregelung der Löhne für die Kellerarbeiter.

Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Kellerarbeiter, -arbeiterinnen und Kutscher nahmen in einer besonders stark besuchten Versammlung im Englischen Garten den Bericht über die erneuten Verhandlungen der Arbeitgeber aus den Weingroßhandlungen und Likörfabriken entgegen. Liebenow erstattete Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Es wurden folgende Lohnsätze, gültig vom 1. April 1920 ab, durch Vergleich festgelegt:

Der Wochenlohn beträgt für männliche Arbeiter vom vollendeten 20. Lebensjahr 195 M., nach ½jähriger Berufstätigkeit 200 M., nach 1jähriger Berufstätigkeit 205 M.; für Arbeiterinnen vom vollendeten 18. Lebensjahr beträgt der Wochenlohn 130 M., nach ½jähriger Berufstätigkeit 135 M., nach 1jähriger Berufstätigkeit 140 M., Flaschenspülerinnen erhalten 10 Proz. mehr. Kutscher vom vollendeten 20. Lebensjahr erhalten 10 M. mehr.

Die Lohnregelung für jugendliche männliche Arbeitnehmer bleibt der freien Vereinbarung innerhalb der einzelnen Betriebe überlassen, jedoch sollen die bisherigen Löhne im Verhältnis zu den neuen Lohnsätzen aufgebessert werden.

Aushilfskräfte, soweit sie ausschließlich in Wein- und Spirituosenbetrieben beschäftigt sind, erhalten einen Zuschlag von 10 M. wöchentlich.

In den Weingroßhandlungen gelten die vorstehenden Lohnsätze mit der Maßgabe, daß die Steigerung der erhöhten Löhne erst nach einjähriger bezw. zweijähriger Berufstätigkeit erreicht werden, auch werden für Flaschenspülerinnen 10 Proz. nicht gewährt. Diese Lohnsätze gelten vom 1. 4. bis 30. 6. 1920.

In der sehr eingehenden Diskussion wurde allseitig bemängelt, daß eine generelle Regelung der Lohnsätze für Jugendliche nicht erreicht worden ist. Weiter wurde moniert, daß es trotz Bemühens nicht gelungen ist, für das Handelsgewerbe mit den zum Teil verbundenen Fabrikationen einheitliche Lohnsätze festzulegen. Lebhaft bedauert wurde ferner, daß nicht die gleichen Lohnvereinbarungen wie in den Brauereien erzielt worden sind. Zum Schluß stimmte die Versammlung dem Vergleich mit überwältigender Majorität zu.

Ferner wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe festlich zu begehen, unbekümmert darum, daß bereits verschiedene Arbeitgeber verlangt haben, an diesem Tage zu arbeiten.

Abschluß der Lohnbewegung der Handelshilfsarbeiter im Papier- und Pappen-Engroshandel.

In einer gut besuchten Versammlung berichtete Haerling vom Transportarbeiter-Verband über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Nach einer lebhaften Diskussion wurde den nachstehenden Sätzen zugestimmt:

	M.	M.	M.	
Hausdiener, Lagerarbeiter Stapler, Fertigmacher über 20 Jahre	200,—	205,—	210,—	pro Woche
Kutscher	210,—	215,—	220,—	„ „
Weibliche über 20 Jahre	135,—	140,—	145,—	„ „
Jugendliche von 14—16 Jahren		70,—	M. pro Woche	
„ „ 16—18		100,—	„ „	
„ „ 18—20		140,—	„ „	

ab 1. April bis 31. Mai 1920. Für Sonntags-Nachmittagsfüttern erhalten die diensthabenden Kutscher 5 M. Extraentschädigung.

Als Delegierte für die Generalversammlung Groß-Berlin wurden Kollof, Gleue, Lettow gewählt. Dem Maifeierbeschluß der Gewerkschaftskommission wurde zugestimmt, obwohl der Arbeitgeberverband durch Zirkulare an die Unternehmer zur Aufrechterhaltung der Arbeit in den Betrieben für den 1. Mai aufforderte.

Eine Vertrauensmännersitzung aller in den Damen-Stroh- und Filzhutbetrieben Beschäftigten nahm u. a. auch zur Urlaubsfrage Stellung. Da die Unternehmer sich bisher auf den Grundlohn versteifen, soll die bisherige Kommission nochmals mit den Unternehmern in Verhandlung treten, um evtl. vorhandene Differenzen zu beseitigen. Des weiteren übte die Versammlung an dem Verhalten einzelner selbständiger Kollegen, die aber der Organisation noch als Mitglied angehören, scharfe Kritik. Die während des Streiks ohne Einwilligung der Streikleitung in den Umpreßanstalten stehen gebliebenen Mitglieder sollen zur Verantwortung gezogen werden.

Des weiteren wurde zur Kenntnis gebracht, daß die Inhaber des Hutbetriebs Müllerstr. 165 ausnahmslos angelernte Frauen zu niedrigen Löhnen beschäftigten. Das sei um so verwerflicher, als bei den heutigen Preisen für Umpreßhüte der Unternehmer wohl vollwertige Arbeitskräfte beschäftigen und die Tariflöhne bezahlen könne. Eine gute Arbeit könne in diesem Betriebe nicht geleistet werden, da erfahrungsgemäß der männliche Arbeiter drei Jahre zur fachgemäßen Ausbildung in diesem Beruf braucht, um etwas Ordentliches leisten zu können.

Die in den Buchdruckereien, Buchbindereien und Zeitungsbetrieben beschäftigten Mitglieder des Transportarbeiterverbandes nahmen in einer Versammlung zu ihrer Lohnbewegung Stellung. Podubrin teilte mit, daß die Arbeitgeber trotz aller Bemühungen es abgelehnt haben, einen Tarif abzuschließen, die Geduld der Arbeiterschaft sei nun zu Ende. Um zur Erfüllung der bescheidenen Forderungen zu gelangen, sei der Schlichtungsausschuß angerufen worden. In der Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß die gelernten Arbeiter die Transportarbeiter nicht so unterstützen, wie das bisher im umgekehrten Falle geschehen sei. Sollte es zum Kampfe kommen, so erwarten die Versammelten die vollste Solidarität aller Hand- und Kopfarbeiter im graphischen Gewerbe. Eine eingebrachte Resolution, die die Anrufung des Schlichtungsausschusses gutheißt, den Arbeitgebern aber den Kampf ansagt, wenn sie den Schiedsspruch ablehnen, wurde einstimmig angenommen.

Die Buchbinderei-Werkmeister nahmen in einer gutbesuchten Versammlung den Bericht der Tarifkommission entgegen und faßten nach kurzer Debatte folgende Entschließung: Die am 29. April tagende Buchbinderei-Werkmeister-Versammlung nimmt die von dem Verband der Berliner Buchbindereibesitzer in Vorschlag gebrachten Gehaltssätze von 1400 M. für Obermeister, 1300 M. für Werkmeister, 1200 M. für Untermeister zur Kenntnis. Die Versammelten erklären sich mit den vorgenannten Summen einverstanden, erwarten jedoch, daß bei weiteren durch die Verteuerung der Lebenshaltung notwendig werdenden Lohnverbesserungen im Berufe den Werkmeistern seitens der Prinzipale Entgegenkommen gezeigt wird.

Für das gewerbliche Personal im chemischen und Mineralgroßhandel sowie in der Verbandsstaffbranche ist eine Neuregelung der Löhne erfolgt. Nach gegenseitiger Verständigung mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberverbänden und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, chemische Branche, betragen die Wochenlöhne: Für männliche Jugendliche 65—136,50 M., für männliche Erwachsene 185—240 M., für weibliche Jugendliche 52—123,50 M., für weibliche Erwachsene 138 bis 150 M. Diese Regelung hat Gültigkeit bis zum 30. Juni 1920. Alles Nähere ist im Verbandsbureau, Engelufer 14/15, Zimmer 33, zu erfahren.

Der Verband der Optikergehilfen Deutschlands und der Schweiz gegen den 1. Mai.

Während die klassenbewußte Arbeiterschaft den 1. Mai trotz aller Anfeindungen und Hindernisse als Feiertag der Arbeit sich zu erhalten gewußt hat, scheint es der Verband der Optikergehilfen Deutschlands und der Schweiz (Ortsgruppe Berlin) mit der Mehrheit der Deutschen Nationalversammlung gehalten zu haben, für die es eine Maifeier nicht geben sollte. Zur großen Freude der Arbeitgeber hatte diese Organisation den Beschluß gefaßt, am 1. Mai zu arbeiten. Mit Recht fordert eine Zuschrift die in dieser Organisation noch befindlichen Sozialdemokraten auf, sich doch einmal genau zu orientieren über ihre nächste Umgebung.

Soziales.

Krüppelfürsorge.

Der bevölkerungspolitische Ausschuß der Landesversammlung verabschiedete das Gesetz über die Krüppelfürsorge, das, auf neuzeitlicher Grundlage aufgebaut, nicht nur für die der Anstaltspflege bedürftigen Krüppel sorgt, sondern auch für solche, die deren nicht bedürfen, berücksichtigt und vor allem die Gefahr der Verkrüppelung beseitigen will. Erstmalig ist hier den Stadt- und Landkreisen die Pflicht, soziale Fürsorge zu treiben, durch das Gesetz auferlegt. Der Gesetzentwurf fand in der veränderten Fassung einstimmig Annahme und wird noch vor der längeren Vertagung zur Verabschiedung kommen.

Darauf trat der Ausschuß in die Beratung der Schutzmaßnahmen für Kellnerinnen ein. Die Beratung hierüber wird fortgesetzt werden. Endlich wurde einer Anregung des Abg. Zimmer (Soz.) folgend, die Schweigepflicht aufgehoben, die die Aerzte bisher auch den Versicherungskörperschaften gegenüber hatten.

Verantw. für den redaktionellen Teil: Heinz Fickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Schick, modern werden
Damenhüte umgepreßt
Ecksteins Hutfabrik
Invalidenstraße 33
Ecke Chausseestraße.
Kein Laden.

Echte Perserteppiche
bis 3×4 aus Privathand gesucht. John Rosenthal, Berlin W. 8, Taubenstr. 10. Fernsprecher Zentrum 7791.

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Sonntage eines Großstädters in der Natur
Von Kurt Grottewitz.
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
5. Aufl. . geb. Mk. 4,50

Warum wollen Sie länger Schmerzen leiden?
Rheumatismus, Ischias, Gicht, Nervenschmerzen
verschwinden überraschend schnell durch Bestrahlung mit künstlicher Höhensonne nach unserem Spezialverfahren.
Künstl. Höhensonnenbad „Aktis", Belle-Alliance-Platz 6a (genau auf Adresse achten!) Druckschrift Nr. 2 und mündliche Auskunft kostenlos.
Preise sehr mäßig.

Zähne v. 4 M. an Teilzahlung. Kronen 18 M. Plomben 1.50. Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt Wolf sol. Potsdamer Str. 35, Hochb. Sprechz. 9-7.

Kleine Anzeigen im „Vorwärts" sind billig und erfolgreich!

Kupfer,
Messing, Zinn, Zink, Blei, Platin, Gold- und Silberbruch sowie sämtl. Alt- u. Edelmetalle kauft höchstzahlend
Metall-Einkaufs-Zentrale, Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz). Mpl. 135 80.

Raucherdank!
ges. gesch., ermögl. in einig. Tag. das Rauchen ganz od. teilw. z. unterlassen. Amtl. begutachtet. Wirkung verblüff. Vollständ. unschädl. Tägl. Anerkenn. Ausk. ums. Institut Engldrecht, München K. 6 Kapuzinerstr. 9

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen.
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger St. 22. Kost. 3861.

Das neue Umsatzsteuergesetz
erläutert von A. Raunz. Preis 4,20 M. [142,5*
Umsatzsteuer-Kassenbuch. Preis 16,75 M.
Ein-, Verkaufs- u. Kassenbuch für Handwerker. Preis 24 M.
Der Gemischtwarenhändler. Wöchentlich 1 Heft, vierteljährlich 1,50 M.
Rich. Leicht, Verlag, Berlin, Kalesunder Straße 6.

Verkäufe

Anzüge und Paletots verkauft zu sehr billigen Preisen Zentral-Leihhaus, Jüdenstraße 71. 1517D*

Bessere Anzüge fertig und nach Maß spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Ruf. Wilhelmstraße 40a, Hochstraßenecke. 160R

Gardinen aller Art, Künstlergardinen in reichhaltiger Auswahl, sowie Stores, Bettdecken, Gardinenstoffe sehr preiswert. Moritzstraße 1, nahe Jannowitzbrücke, Alexandrinen. 1542*

Jackettanzüge, Cutaways, Paletots, Hosen, Kostüme, Röcke, selbstangefertigt aus prima Stoffen, enorm billig, große Posten Velourwaren zu billigen Sommerpreisen im Leihhaus Moritzplatz 5a. *

Wendlik, nahe Bahnhof, Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hillen, Steglitz, Viaviliestraße 11. Fernsprecher Steglitz 2304.

Gardinen, Künstlergarnitur, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerstraße 13. 162R*

Möbel

Chaiselongues, 150—600, Metallbetten 250—2000, weiße Schlafzimmer, Kleiderschränke, Weide, Auguststr. 32a, Quergebäude.

Möbelangebot, komplette Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke liefert preiswert Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. 1808*

Möbelfabrik Georg Tennigkeit, Oranienstraße 172/173. Große Auswahl in Nußbaum-Wohnungseinrichtungen, Kücheneinrichtungen, Eichen-Schlafzimmer sowie Herren- und Speisezimmer. 157R*

Möbel gegen bar und Teilzahlung. Große Auswahl in Wohn-, Schlaf- und Speisezimmern, farbigen Küchen, einzelnen Möbeln. Lichtenthal, Oranienstraße 14a (Heinrichsplatz). Gegründet 1879.

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5. Auf bar und Kredit sollen Sie in großer Auswahl 1- und 2-Stubeneinrichtungen, Herren-, Speise-, Schlafzimmer, auch einzelne Möbel zu wirklich billigen Preisen. Leichte Zahlungsbedingungen. Liefern auch auswärts. * 129R*

Küchen bis Pfingsten Eröffnungspreise. Gute Verarbeitung. Küchenmöbelfabrik Himmel, Rothringerstraße 22 (Schönhauserecke). 160R

Musikinstrumente

Einzelspiele Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 156R

Pianos 5000,—, Tafelklavier nußbaum 1500,—, schwarz 1300,—. Preiswerte neue und guterhaltene Pianos verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 151R

Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheitskäufe. Kottbuserstr. 8. 75R*

Kaufgesuche

Höchstzahlend Kupfer, Messing, Zinn, Grubenkontor, Brüderstraße 30a. 160R*

Pianos, Flügel oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III. 151R*

Kupfer! Messing! Zinn! Gianniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönebergerstraße, am Arbeiter Bahnhof); 2.) Weidenweg 72 (am Baltenplatz); 3.) Neukölln, Kaiser-Friedrichplatz) 167R

Spiralbohrer mit höchstem Aufschlag kauft Bock, Wilhelmstraße 32. *

Spiralbohrer mit höchstem Aufschlag kauft Bock, Luisenufer 18. *

Bosch-Magnete, Zündkerzen, Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Holz-, Schloß-, Maschinenschrauben usw. kauft zu konkurrenzlosen Preisen Andero, Große Frankfurterstraße 101. 166R

Kupfer! Messing! Zinn! Gianniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Brunnenstraße 11 (am Rosenthalerplatz); 2.) Rennstraße 48 (am Weddingplatz); 3.) Beusselstraße 29. 162R

Leitungs-, Gardinen-, Dampfdrähte, Kabel und Eisen kauft Bromhorst, Franzstraße 15 (Schmid-, Annenstraße). Moritzplatz 1490. 158R*

Spiralbohrer sowie sämtliche Werkzeuge kauft zu konkurrenzlosen Preisen Wilm, Berlin, Turmstraße 19. 100R

Kognakflaschen, jeden Posten, zu höchsten Tagespreisen kauft Bertzlebsgesellschaft für Brennereierzeugnisse, Rosminenstraße 45. 1630D*

Platin, Gebisse, einzelne Zähne, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn höchstzahlend. Zentrale für Altmetall, Elisabethstraße 78. 168R*

Schnellaufbohrer, neue, bis 200 Prozent und mehr kauft laufend Friedrich Morgenstern, Lichtenberg, Weidelstraße 18. Alexander 1290. R

Spulenbrähte, Dynamo und Emailledrähte sind Großkäufer Paul Fleischer u. Co., Stalitzerstraße 43. Fernsprecher Moritzplatz 775, 1350, 1351. *

Silberschmelze Christiansen, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie sämtliche Metalle. *

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Sviento, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Kaufmännische Privatschule von Georg Gyrow, Berlin-Pankow-Straße 106. Schönschreiben, Maschinenschreiben, Stenographie, Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Wechselkunde, Rechtschreiben. Anmeldungen jederzeit. 1064*